Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden 6. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 505. Halle, Dienstag, den 28. Oktober. 1919.

Noske über die künftige Reichswehr.

Der Etat der künftigen Reichswehr.

WTB. Berlin, 27. Oktober. In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses der Nationalversammlung teilte Reichswehrminister Noske zum Etat des Reichswehrministeriums mit, daß der jetzt vorliegende Etat lediglich ein Uebergangsetat sei. Am 1. April 1920 wird erst den Etat aufstellen, der die künftige Reichswehr umfassen wird. Bei Beurteilung des vorliegenden Etats dürfe man nicht vergessen, daß wir uns an die Vorschriften der Entente zu halten hätten, die unerträglich demütigend und entwürdigend seien. Ueber

die Zusammensetzung des Uebergangsheeres

wurden seitens des Reichswehrministeriums folgende Mitteilungen gemacht:

Innerhalb dreier Monate nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages müsse die Etatsstärke des deutschen Heeres auf 200 000 Mann, ab 1. April 1920 auf 100 000 Mann zurückgeführt sein. Den zu bildenden sieben Infanteriedivisionen des Heeres von 100 000 Mann entsprechend ist das Reichsgebiet am 1. Oktober 1919 bereits in folgende sieben Wehrkreise eingeteilt worden:

1. Ostpreußen; 2. Pommern, Schleswig, Mecklenburg; 3. Schlesien, Brandenburg, Posen; 4. Provinz und Freistaat Sachsen und ein Teil von Thüringen; 5. Thuringen, Hessen, Baden, Württemberg; 6. Hannover, Westfalen, Rheinland; 7. Bayern.

Im Rahmen dieser Einteilung des Reichsgebietes für das endgültige Friedensheer erfolgt auch die Aufstellung des Etats von 200 000 Mann (Uebergangsheer). Das Uebergangsheer besteht aus 20 Reichswehrbrigaend. Von den 20 Brigaden entfallen im allgemeinen auf jeden Wehrkreis zwei. Die Reichswehrbrigaden unterstehen territorial dem Wehrkreiskommando, für Truppenführung und Ausbildung den vier Reichswehr-Gruppenkommandos des Uebergangsheeres. Es liegen zum Beispiel Reichswehr-Gruppenkommando 1 in Berlin (Wehrkreis 3 und 4), Reichswehr-Gruppenkommando 2 in Kassel (Wehrkreis 5 und 6), Reichswehr-Gruppenkommando 3 in Koloerg (Wehrkreis 1 und 2), Reichswehr-Gruppenkommando 4 in ... (München?) (Wehrkreis 7). Es sind grundsätzlich in jeder Brigade folgende Verbände vorhanden: zwei Infanterie-Regimenter, ein Kavallerie-Regiment und ein Pionierbataillon.

Die Lage vor Riga.

Weitere Beschießung mit Gasbomben.

WTB. Reval, 27. Oktober. Havas. Die Lage vor Riga ist unverändert. Die Stadt wird weiterhin mit Gasbomben beschossen.

Der englische Minister des Aeußeren hat an Tschitscherin ein Radiotelegramm gerichtet, in dem er erklärt, daß die Friedenskonferenz in Dorpat am 25. Oktober nicht stattfinden könne. Das Datum des Zusammentritts der Konferenz wurde auf den 2. Dezember festgesetzt.

Weiterer Vormarsch auf Petersburg.

WTB. Reval, 27. Oktober. Havas. Unter den 24. Oktober wird gemeldet, daß trotz des Eingreifens neuer bolschewistischer Truppen der Vormarsch auf Petersburg fortdauert. Auf dem rechten Flügel wurde Lenara genommen und die Station Nikolai, 20 Meilen von Petersburg, erreicht. Auf dem linken Flügel konnte bis zur Station Lissinow vorgedrungen werden.

Neue Offensive Judenitsch'.

Erfolge der Bolschewisten gegen die Armee Koltschaks.

WTB. Amsterdam, 27. Okt. (Eig. Drahtnachricht.) „Nieuws van den Dag" melden, daß einem Bericht aus Reval zufolge eine neue durch Tanks und schwere Geschütze unterstützte Offensive des Generals Judenitsch gegen Petersburg begonnen habe. Das Reutersche Bureau meldet aus London, Judenitsch habe dem Korrespondenten der „Times" in Helsingfors mitgeteilt, daß er gedenke, in 14 Tagen in Petersburg zu sein. Die „Times" vom 25. Oktober meldet über die Lage an der Petersburger Front: Der Heeresbericht der Bolschewisten vom 24. Oktober meldet die Wiedereinnahme von Zarskoje Selo und Pawlowsk, 15 bzw. 17 Meilen südlich Petersburg durch die Bolschewisten. Am 20. Oktober, dem Tage, an dem die Gegenoffensive der Roten Truppen begann, meldete Judenitsch, daß seine Truppen über Pawlowsk hinaus vorgedrungen seien und die Bahnverbindung Moskau—Petersburg bei Sablin abgeschnitten hätten. In der Gegend Kraznoje Gorka wütet ein erbitterter Kampf. Die Esten greifen unterstützt durch finnische Freiwillige diese Festung von der Landseite an, während britische Kriegsschiffe sie von der Seeseite bombardierten. Die Bolschewisten meldeten drahtlos von der Front von Koltschak, daß sie Tobolsk wieder genommen haben.

Anschluß von Kosaken an die Bolschewisten.

Haag, 27. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die Bolschewisten melden drahtlos, daß in den letzten Tagen einige 10 000 Orenburger Kosaken sich den Bolschewisten angeschlossen hätten. Auch bei den Kosaken des Urals ist eine Bewegung zugunsten der Sowjetrepublik bemerkbar.

Die Heimkehr aus dem Baltikum.

Basel, 27. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die Information berichtet aus Mitau: Von der Eisernen Division haben sich 7000 Mann dem allgemeinen Rückmarsch der deutschen Baltikumtruppen angeschlossen. Am Sonnabend früh hat der zweite Transport der heimkehrenden deutschen Truppen die Grenze überschritten.

Abkommen mit der litauischen Regierung.

Bildung einer neutralen Zone.

WTB. Kowno, 27. Oktober. Die Verhandlungen zwischen General von Eberhardt und der litauischen Regierung über Schaffung einer neutralen Zone längs der für den Rücktransport der deutschen Truppen im Baltikum zu benutzenden Eisenbahnlinie haben dazu geführt, daß sich die litauische Regierung mit der von deutscher Seite vorgeschlagenen neutralen Zone einverstanden erklärt hat. Das innerhalb der neutralen Zone gelegene Gleisdreieck bei Wielze, das zur Aufrechterhaltung der Verbindung mit der bolschewistischen Front für die litauische Armee von großer Bedeutung ist, wird durch litauische Infanteriepostierungen in Höchststärke einer Kompanie gesichert werden.

Heimkehr von deutschen Marinemannschaften.

Haag, 27. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die englische Regierung hat angeordnet, daß die Mannschaften von 50 kleineren Kriegsschiffen und Torpedojägern im Hafen von Portsmouth entlassen werden sollen. Nur je 6 Mann sollen auf den einzelnen Schiffen zurückbleiben. Große Bestürzung hat die Bekanntmachung hervorgerufen, daß der überwiegende Teil der Mannschaft der Marinewerft demnächst entlassen werden soll. Man fordert, daß die Marinewerft demnächst entlassen werden soll. Man fordert, daß werft zum Bau von Handelsschiffen herangezogen werden soll.

Ein englischer Räuberplan.

WTB. Berlin, 27. Oktober. Der Höchstkommandierende der englischen Kriegsflotte, Lord Fisher, hat, wie er, laut „B. Z. a. M.", in seinen Erinnerungen berichtet, in den Jahren 1905 und 1908 versucht, die Einwilligung des Königs zu einer Zerstörung der deutschen Kriegsflotte durch einen überraschenden Ueberfall ohne vorhergehende Kriegserklärung zu erlangen.

Von den Kriegsgefangenen in England.

WTB. Berlin, 27. Oktober. (Drahtnachricht.) Die englische Regierung hat durch die Waffenstillstandskommission mitteilen lassen, daß die Heimschaffung der in ihrer Gewalt befindlichen deutschen Kriegsgefangenen in nächster Zeit restlos durchgeführt werde. Vor allen Dingen werden dem Wunsche der deutschen Regierung zufolge die Entlassungen der in den Abstimmungsgebieten Beheimateten mit größmöglichster Beschleunigung betrieben.

Wiederaufnahme der Arbeit auf Grube Leopold.

WTB. Berlin, 27. Oktober. (Drahtnachricht.) Auf der Grube Leopold bei Bitterfeld haben die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Die Technische Nothilfe hat daher ihre Mitglieder zurückgezogen. Die Angestellten und Arbeiter der Kleinbahnen in der Altmark, deren Betrieb bisher von der technischen Nothilfe aufrecht erhalten wurde, haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die technische Nothilfe hat daher ihre Mitglieder auch hier abberufen.

Hungersnot in Innsbruck.

WTB. Innsbruck, 27. Oktober. (Drahtnachricht.) Von einer Privatkorrespondenz. Seit Montag, den 20. d. M. sind keine Brot- und Mehlrationen zur Verteilung gelangt, so daß die Bevölkerung unter großer Hungersnot leidet.

Die Affäre Moschell.

Berlin, 27. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die Verhaftung des angeblichen Direktors Moschell, die durch das Reichswehrgruppenkommando in der Wilhelmstraße erfolgte, dürfte sich zu einer politischen Affäre auswachsen. Die bei dem Verhafteten vorgefundenen Papiere lassen den Schluß zu, daß er ein Agent der russischen Sowjets war, der durch seine Tätigkeit in Berlin die Autorität der deutschen Reichsregierung untergraben wolle, um dadurch neue Unruhen zu zeitigen.

Also doch Staatsbankrott?

Die wahre Lage Deutschlands.

-er. Berlin, 27. Oktober 1919.

Dem armen, niedergebrochenen deutschen Volke sind Ende voriger Woche noch einmal gründlich die Leviten gelesen worden — von seinen eigenen Ministern. In der Eisenbahndebatte der Nationalversammlung klagte Reichsverkehrsminister Dr. Bell über den bestimmt kommenden Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens, falls es nicht gelingt, in kürzester Zeit die Verkehrsnot zu beheben. Etwas überraschend war dabei die moralische Predigt, die Dr. Bell mit seiner Klage verband. Erschreckend, so meinte er, sei der Gedanke, welch geringes Verständnis breite Schichten der Bevölkerung der Verkehrsnot entgegenbrächten. Wir müßten endlich aus dem wahnwitzigen Taumel der Vergnügungssucht der volksvergiftenden Spiel- und Tanzwut erwachen. Was die Spiel- und Tanzwut mit der Verkehrsnot zu tun hat, ist nicht recht verständlich. In Berlin und den anderen großen Städten spielen oder tanzen zurzeit ein paar tausend Schieber. Das ist nicht schön. Aber daran geht das deutsche Volk nicht zugrunde, sowenig wie an den einst so viel beklagten Entartungserscheinungen der Friedenszeit. Die Eisenbahner jedenfalls spielen und tanzen nicht. Sie arbeiten nur zum Teil zu wenig. Sie streiten oder politisieren. Geht man zum Einzelnen, so steckt sich heraus, daß mancher gern arbeiten möchte, was aus ihm herausgeht, aber infolge der Entkräftung nur noch zur Hälfte arbeitsfähig ist. Das Problem der Entrantung eines ganzen Volkes ist viel zu groß, als daß man das bischen allerdings recht widerliche Großstadt-Immoralität dafür verantwortlich machen dürfte. Und überhaupt wäre es gut, nicht so viel zu moralisieren, sondern zu rechnen, und wenn es noch möglich ist, uns zu retten. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats wurde bekannt gegeben, daß sich die Schulden des Reiches in einem Jahre um 40,9 Milliarden vermehrt haben und daß sie am 1 April 1920 rund 204 Milliarden Mark betragen werden. Reichsfinanzminister Erzberger hatte merkwürdigerweise den Ausschußberatungen nicht beiwohnen können. Aber er ließ dem deutschen Volke durch den Berichterstatter sagen, daß das Reich eine Fortdauer der gegenwärtigen Ausgabepolitik nicht mehr lange werde aushalten können. Und als Vertreter Preußens hielt Ministerialdirektor Robis eine Rede, die ähnlich wie die Bußpredigt Dr. Bells den „weitesten Kreisen des Volkes", selbst solchen, die zur Intelligenz gehören, ja manchen Mitgliedern des Reichsrats" vorwarf, sie hätten noch nicht das richtige Verständnis für die wahre Lage. Also auch hier moralische Vorwürfe statt nüchterner Rechnung. Kürzlich bezeichnete ein volkswirtschaftlicher Aufsatz in einer Berliner Zeitung unsere Lage als hoffnungslos. Flugs kam von „bestunterrichteter Seite" in einem anderen Blatte die Entgegnung, daß die Lage gar nicht so übel sei und keineswegs einem Staatsbankrott zutreibe. Die bestunterrichtete Seite sprach von den noch vorhandenen reichen Bergwerksschätzen Deutschlands und wies darauf hin, daß die Zinsen für die hunderte von Milliarden, die das Reich schuldet, im Inland bleiben und nicht über die Grenze gehen. Durch diese Zinszahlungen werde das Volksvermögen nicht vermindert, der Kredit des Reiches nicht herabgesetzt. Die bestunterrichtete Seite — offenbar das Reichsfinanzministerium — verschwieg, daß sich das deutsche Nationalvermögen durch den 4½jährigen Krieg ungeheuerlich vermindert hat, sie verschwieg, daß die oberschlesischen Bergwerksschätze zum Teil, die des Saarreviers wahrscheinlich, die von Elsaß-Lothringen zweifellos verloren sind. Verschwiegen wird, daß für die rund hundert Milliarden Kriegsanleihen nur unproduktive Werte geschaffen worden sind, wie Kanonen, Unterseebote, nahezu wertlos gewordenes Kriegsgerät aller Art, Bekleidungsstücke, die vernichtet, oder verschlissen und kaum noch brauchbar sind. Die bestunterrichtete Seite verschwieg, daß in Deutschland ein solcher Mangel an Material herrscht, daß man nicht zuviel sagt, wenn man behauptet, daß deutsche Volk ist bettelarm geworden. Aber nicht nur die Materialien, auch die Produktionsmittel sind durch die intensive Kriegswirtschaft von 4½ Jahren verbraucht, mindestens aber in ihrer Gebrauchsfähigkeit ungeheuer beeinträchtigt worden. Dazu kommt, daß zirka 4 Millionen produzierender deutscher Männer ihr Leben oder ihre Arbeitsfähigkeit durch den Krieg eingebüßt haben, wodurch die Menschen- und Warenproduktion schreckliche Einbuße erleidet. An die Stelle von Warenlagern und Vorräten an Rohstoffen ist eine phantastische Menge von Kriegsanleihe getreten, die ein nüchterner Volkswirt nur als wertloses Papier einschätzen kann. Die bestunterrichtete Seite verschwieg, daß an die Stelle eines relativ wohlsituierten Volkes vor dem Krieg eine Masse zerlumpter und unterernährter Bettler getreten ist, sie will augenscheinlich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191028011/fragment/page=0001

übersehen, daß das deutsche Reich, trotz der Unterbringung der Kriegsanleihe im Inland immense Verpflichtungen gegen das neutrale Ausland hat und nach endgültigen Friedensschluß unerschwingliche Verpflichtungen an das feindliche Ausland haben wird. Herr Erzberger, der auffallend lange geschwiegen hat, wird endlich Farbe bekennen müssen, was er von der jetzigen Lage hält und wie er an der Schreckensklippe des Staatsbankrotts vorbeizukommen gedenkt.

Niederlage der republikanischen Birkenfelder Regierung.

WTB. Birkenfeld, 12. Okt. (Drahtnachricht.) Bei den gestrigen Wahlen zur Landesversammlung erhielten die durch Wahlvorschlag vereinigten Parteien (Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Bauernbund, Mehrheitssozialisten) zusammen 13 694 Stimmen, die Liste der Regierungspartei 1822 Stimmen, die Unabhängige sozialdemokratische Partei 47 Stimmen. Auf die vereinigten Parteien entfielen somit 23, auf die Regierungspartei nur 2 Sitze in der Landesvertretung. Die republikanische Regierung hat somit eine völlige Niederlage erlitten.

Unruhen im Kreise Ohrdruf.

WTB. Kassel, 27. Okt. (Drahtnachricht.) Mit Wirkung vom 27. Oktober 12 Uhr morgens hat der Reichspräsident auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung in den Bezirken Kassel-Schleusingen, Landkreis Ohrdruf, Stadt Zella-Mehlis den Ausnahmezustand verhängt. Grund: Massendemonstrationen, gewalttätige und andere ungewohnte ungesetzliche Handlungen. Truppen sind an Ort und Stelle eingetroffen.

Vom Kongreß der Radikalen in Straßburg.

WTB. Versailles, 27. Oktober. Der in Straßburg zusammengetretene Kongreß der Radikalen und der Radikal-Sozialisten vom Niederrhein beschloß einstimmig, Clemenceau den Kammersitz anzubieten, den Gambetta vor 1871 inne hatte. Die sozialistische Vereinigung des Seine-Departements lehnte es gestern mit 6680 gegen 338 Stimmen bei 54 Stimmenthaltungen ab, die vier von der Kandidatenliste ausgeschlossenen rechtsstehenden Sozialisten, die die Kriegskredite bewilligt hatten, trotzdem auf die Liste zu setzen. Die ausgeschlossenen Kandidaten traten mit ihren Freunden noch gestern zu einer Sitzung zusammen. Jedoch weiß man noch nicht, ob es zu einer Spaltung oder schließlich bloß zur Aufstellung einiger besonderen Listen kommen wird.

Die Lage im Stettiner Hafen.

WTB. Stettin, 27. Oktober. Die Lage im hiesigen Hafen infolge der Schiffssperre ist unverändert. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Ebenso sind die Verluste der Reedereien gestiegen, die die Mannschaften der stilliegenden Schiffe entlohnen und verpflegen. Die Ansichten über die Wirkung der Milderung der Blockade durch die Freigabe des Verkehrs innerhalb der Hoheitsgewässer sind geteilt, da die Schiffe sich auch bei diesem Verkehr leicht der Beschlagnahme aussetzen könnten. Immerhin soll der Verkehr nach Danzig, Königsberg und Memel wieder aufgenommen werden, was eine große Erleichterung der Kohlenversorgung mit sich bringen wird. Dagegen wird der Verkehr nach den neutralen Ländern durch diese Erleichterungen nicht berührt. Die Schwierigkeiten in dieser Hinsicht sind unverändert. Der Eingang neutraler Schiffe ist nach wie vor sehr spärlich. So kommen gegenwärtig nur zwei Heringsdampfer wöchentlich an, während sonst sechs bis sieben einliefen, so daß in der Versorgung mit Heringen demnächst eine Stockung bevorsteht, falls die Sperre nicht bald wieder aufgehoben wird.

Deutsche Farbstoffe für Amerika.

Berlin, 27. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir erfahren, beschloß die amerikanische Regierung, die amerikanischen Fabrikanten zu ermächtigen, die von ihnen benötigten Farbstoffe, die sie in den Vereinigten Staaten nicht erhalten können, bis zum 15. Mai 1920 aus Deutschland zu beziehen.

Sympathiestreiks für die New Yorker Dockarbeiter.

WTB. Amsterdam, 27. Oktober. Dem Pressebureau Radio zufolge wird in Amerika der Ausbruch von Sympathiestreiks für die New Yorker Dockarbeiter befürchtet. Wenn keine Einigung erzielt wird, sind in vierzehn Tagen vielleicht zwei Millionen Arbeiter ausständig.

Wilson gegen einen Braunkohlenarbeiter-Streik.

WTB. Washington, 27. Oktober. (Reuter.) Präsident Wilson hat eine vom Kabinett gutgeheißene Erklärung veröffentlicht, in der der beabsichtigte Streik der Braunkohlenarbeiter für ungesetzlich erklärt wird und die Beamten aufgefordert werden, die Streikankündigungen zurückzuziehen, widrigenfalls Mittel gefunden werden würden, um die Nation zu schützen. Das Kabinett beschloß die Einberufung einer neuen Industriellenkonferenz, die Beziehungen zur Herstellung des Friedens in der Industrie herbeiführen soll.

Spanische Befürchtungen.

WTB. Berlin, 27. Oktober. (Drahtnachricht.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: **Nach einer Meldung aus Madrid sollen die spanischen Banken nach gegenseitiger Uebereinkunft an ihre Kundschaft Rundschreiben versandt haben, in denen sie den Inhabern von Marknoten gegenüber die Verantwortung für den Fall ablehnen, daß laufende Rechnungen spanischer Banken bei den deutschen Banken von Reichs wegen mit einer Steuer belegt werden. Hierzu darf bemerkt werden, daß eine Besteuerung spanischer Banken aus laufenden Rechnungen bei deutschen Banken nicht in Aussicht genommen ist. Im Anschluß daran kann weiter gesagt werden, daß auch eine Aenderung der deutschen Währung, eine Möglichkeit, auf die gleichfalls von spanischer Seite hingewiesen ist, vom Reich nur nicht geplant, sondern ausdrücklich abgelehnt wird.**

Reichsminister Schmidt über die Ernährungslage.

Genügende Versorgung mit Fleisch und Getreide bis Januar. — Gegen den Wucher. — Zunahme der Kohlenförderung.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 27. Okt. (109. Sitzung.) Am Ministertische: Schmidt.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushaltes: Reichswirtschaftsministerium.

Minister Schmidt:

In der Ernährungsfrage haben wir von Beschränkungen Abstand nehmen können. Das Brot ist besser geworden. Die Landwirte können mehr Kleie zurückbehalten. Eine

Vermehrung der Schweinezucht

würde unsere mäßige Kartoffelernte gefährden. Auf dem Gebiete der Viehablieferung werden wir versuchen müssen, in ausländischem Fleisch Ersatz zu finden. Auch die Kartoffelbelieferung werden wir

das Ausland in Anspruch nehmen

müssen. Holland und Polen werden abliefern. Kohlen für die Margarinefabrikation müssen bereit gestellt werden. Wir sind bemüht, die wilde Konkurrenz durch zentralen Einkauf im Auslande einzuschränken. Die

anderthalb Milliarden zur Preissenkung sind verbraucht.

Eingeführt wurden Nahrungsmittel im Gesamtwerte von weit über zwei Milliarden. Für den kommenden Winter haben wir Getreide fest in der Hand bis Ende des Jahres, Fleisch bis Anfang Januar. Die Gemüseversorgung ist noch befriedigend, wenn auch teuer. Mit norwegischen Heringen sind wir bis zum März reichlich eingedeckt. Die Petroleumverteilung ist in Aussicht. Durch Holland ist die Versorgung erheblich besser geworden. Amerika und Norwegen sei für die gespendeten Lebensmittel herzlicher Dank gesagt. (Bravo.) Handel und Industrie bieten ein anderes Bild. Die

Einfuhr beträgt zurzeit ein Fünftel der Friedenseinfuhr,

die Ausfuhr beträgt jetzt ein Sechstel der Friedensausfuhr und hat denselben Wert. Die Rohstoffeinfuhr suche ich nach Möglichkeit zu begünstigen. Staatliche Unterstützung wird weiter nötig sein. Die Bemühungen werden fortgesetzt, die Einfuhr zu erleichtern. Eine Vorlage wird dem Hause zugehen wegen eines

schnelleren Verfahrens gegen den Wucher.

Die Regierung wird wegen der Frage der Gold-Fälle im Westen energische Schritte tun. Die Kohlenproduktion wird gesteigert werden durch Erhöhung der Belegschaften. Die Braunkohlenförderung nimmt zu. Wir werden aber den

Personenverkehr noch mehr einschränken

müssen, um den Güterverkehr zu regeln. Die Arbeiterwohnungsfrage wird durch Barackenbau vorläufig gelöst. Die Regierung wird allen politischen Streiks der Bergarbeiter scharf ablehnend gegenüberstehen. Das Ausland bewundert die Energie unserer Industrie. Wenn uns aber die Entente nicht genügend Rohstoffe läßt, um unsere Industrie zu versorgen, so können wir nicht zahlen.

Abg. **Hoch** (Soz.): Wir mahnen dringend, daß es im Innern nicht wieder zu einer

Ausbeutung des Volkes durch wenige Begünstigte

kommt. Nach Aufhebung der Zwangswirtschaft kommt überall eine unerträgliche Preissteigerung zutage, die uns zugrunde richtet. Die Hauptsache ist die Rücksicht auf das Wohl der Gesamtheit. Die Regierung muß dabei unterstützt werden. Von den Agrariern wird direkt zum aktiven Widerstand gegen die Regierung gehetzt.

Abg. Dr. **Braune** (Ztr.): Dieses Ministerium soll praktische Wirtschaftspolitik treiben und müßte sich in 3 Gruppen gliedern: Landwirtschaft, Gewerbe und Handel. Die Vorsteher dieser drei Abteilungen müßten einander gleichberechtigte Fachmänner sein. Die Landwirtschaft hat zurzeit im Ministerium nicht die genügende Vertretung. Für Handwerk und Kleingewerbe müßten besondere Abteilungen geschaffen werden.

Die Zwangswirtschaft muß abgebaut werden,

wo sie unwirksam ist, wie bei der Landwirtschaft. Der Uebergang zur Extensivwirtschaft, die sich schon zeigt, schadet der Allgemeinheit. Um dieser Gefahr entgegenzutreten, bleibt nur die beträchtliche Erhöhung der Preise übrig, was wir auch für die Industrie, besonders die Bergbauindustrie, anstreben. Alle Braunkohlenreviere müssen erschlossen werden.

Abg. **Hermann-Reutlingen** (Dem.): Amerika fürchtet die Konkurrenz Deutschlands wegen des hohen Standes des Dollars. Hoffentlich gelingt es bald, unsere Wirtschaft durch Valutaanleihen zu stützen. Vollsozialisierungen sind mit größter Vorsicht auszuführen. In der Rohstoffeinfuhr muß volle Freiheit herrschen, außer in Luxusartikeln.

Abg. Dr. **Roesicke** (Dn.): Nur eine Ausgleichung der Preise kann uns helfen. Es muß alles geschehen, um dem Handwerk wieder auf die Beine zu helfen. Die Sonntagsruhe muß in kleinen Städten im Interesse der Landbevölkerung beschränkt werden. Eine große Erbitterung wird bei der Landwirtschaft geschaffen durch unsachgemäße Kontrolle der Ablieferung. Der Anbau kann nicht zwangsweise betrieben werden. Wenn sich die Verhältnisse nicht ändern, sind wir gezwungen, immer mehr vom intensiven Betriebe abzugehen. Die Zwangswirtschaft muß aufgelöst werden.

Morgen 1 Uhr: Fortsetzung; vorher Anfragen, nachher Reichsheer.

Schluß 6½ Uhr.

Das Befinden Haases.

Berlin, 27. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Das Befinden des Abgeordneten Haase, dem, wie gemeldet, heute vormittag das linke Bein amputiert werden mußte, ist nach der Operation verhältnismäßig günstig. Der Patient war sehr munter. Da durch den operativen Eingriff der Eiterherd im Knie entfernt worden ist, besteht, wie wir hören, bei dem behandelnden Arzt Geh. Rat Roscher wieder mehr Hoffnung, das Leben Haases erhalten zu können. Nach wie vor ist es jedoch sehr zweifelhaft, und die Lebensgefahr für den Patienten ist noch nicht beseitigt.

Die nächste Sitzung des Untersuchungsausschusses.

Berlin, 27. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Der zweite Untersuchungsausschuß wird seine Tätigkeit am Freitag (31. Oktober) mit der Vernehmung des früheren Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg fortsetzen. Da der Sitzungssaal des Herrenhauses für die Verhandlungen nicht verfügbar ist, werden die Sitzungen im Saale 12 des Reichstagsgebäudes stattfinden.

Arbeitsplanänderung des 3. und 4. Untersuchungsausschusses.

WTB. Berlin, 27. Oktbr. Der dritte und vierte Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung haben eine Aenderung ihres Arbeitsplanes vorgenommen, da sich herausgestellt hat, daß die militärischen und wirtschaftlichen Maßnahmen nicht zu trennen sind. Die Ausschüsse teilten ihre Tätigkeit in der Weise, daß der vierte Untersuchungsausschuß die Vorgänge in Belgien, der dritte Untersuchungsausschuß diejenigen in den übrigen Ländern untersuchen soll.

Vereidigung der Mitglieder des Preußischen Staatsministeriums.

Berlin, 27. Oktober. Nach den Abendblättern wurden die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums heute auf die Reichsverfassung vereidigt. Zuerst leistete der Ministerpräsident vor dem versammelten Kabinett den Eid und vereidigte darauf jeden einzelnen Minister durch Handschlag.

Deutsches Reich.

Graf von Haeselers Beisetzung.

WTB. Berlin, 27. Oktober. Die Beerdigung des Generalfeldmarschalls von Haeseler findet am 30. Oktober nachmittags 3 Uhr in Harnekop statt.

Halle und Umgebung.

Halle, den 27. Oktober 1919.

Stadtverordneten-Sitzung.

Schwere Kartoffelsorgen — Das jetzige System vor dem Zusammenbruch — Kommunalisierungspläne für Hebeammenwesen und Apotheken.

Am Vorstandstische die Stvv. Hennig, Ziegler und Kleeis.

An Eingängen liegt ein an den Petitionsausschuß gehendes **Gesuch des hiesigen Blindenvereins um Gewährung von Freifahrten auf der Straßenbahn für die Blinden** sowie eine Einladung zu der für den Dienstag vorgesehenen Film-Aufführung im Lichtspielhaus an der Alten Promenade vor.

Die Versammlung geht nun an die Erledigung der Tagesordnung.

Der erste Punkt der Tagesordnung betrifft den Antrag der Deutschdemokraten auf

Sicherstellung der Kartoffelversorgung.

Der Antrag lautet:

Der Magistrat wird ersucht, schleunigst Schritte zu unternehmen, um die Sicherstellung der Kartoffelversorgung der halleschen Einwohner zu gewährleisten, insbesondere rechtzeitig Preisübervorteilungen seitens der Lieferanten für jetzt und später energisch vorzubeugen.

Gleichzeitig damit wird eine Anfrage der Unabhängigen behandelt: „Ist dem Magistrat bekannt, daß die gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse und die Verteilung der rationierten Lebensmittel eine recht mangelhafte ist? Was gedenkt der Magistrat zu tun, um hier Abhilfe zu schaffen?"

Zunächst nimmt das Wort Stv. **Minner** (Deutschdem.): Nächst der Kohlenversorgung macht uns diesen Winter die Kartoffelversorgung die größte Sorge. Gewiß ist namentlich in unserer Gegend die Kartoffelernte sehr schlecht und richtig ist auch, daß ein Viertel der deutschen Anbaufläche, gerade in den Ueberschußgebieten, uns durch feindliche Besetzung und spätere Abtretung verloren ging. Aber so trostlos brauchte die Kartoffelversorgung doch nicht zu sein, wie sie tatsächlich ist. Im Kriege, wo wir z. B. in einem Jahr 55 Millionen Tonnen ernteten, wurde uns von amtlicher Stelle vorgerechnet, daß wir zur Ernährung wenig mehr als 12 Millionen Tonnen gebrauchen; ist das richtig, dann dürfte uns auch eine schlechte Ernte keine Schwierigkeiten bereiten. Bezugsscheine bekommen wir, aber damit ist auch die Verpflichtung der Behörde dem einzelnen gegenüber erfüllt. Die Landwirte sagen: wir haben keine Kartoffeln.

Hinten herum

kann man jedoch für 25—30 Mk. Kartoffeln kriegen, soviel man mag. Die Landwirte halten die Kartoffeln zurück, weil sie hoffen, im Frühjahr 100 Mk. für den Zentner zu bekommen. Wir erwarten vom Magistrat, daß die Landwirte gezwungen werden, ihre Kartoffeln an die städtische Bevölkerung abzugeben. Die Mahnung des Landrats von Querfurt an die Landwirte, sie möchten ihre Pflicht erfüllen und sich nicht durch Wucherpreise zur Verletzung ihrer vaterländischen Pflicht verleiten lassen, bestätigt meine Auffassung. Wir fordern rechtzeitig die schärfsten Maßnahmen.

Frau Stv. **Binner** (Unabh.): Die Versorgung mit Nahrungsmitteln ist in Halle jetzt nicht gut. Wo bleibt das ausländische Mehl? Leipzig, Eilenburg und andere Orte haben es nachgeliefert, Halle nicht. Traurig ist die Milchversorgung. Wie soll man da die Kinder stille kriegen? Milch und Mehl sind so dringend nötig, zumal jetzt, wo es so wenig Kartoffeln gibt. Hülsenfrüchte werden leider auch nicht geliefert.

Bürgermeister Sendel: Es ist selbstverständlich, daß der Magistrat alles tut, was im Interesse der Bevölkerung liegt; er hat auch in der Kartoffelversorgung längst die nötigen Schritte getan. Im vorigen Jahre haben wir uns mit einigem Erfolg bemüht; wenn uns das dieses Jahr nicht gelingen sollte, so haben wir keine Schuld. **Als diesmal die Kartoffelversorgung nicht kräftig einsetzte, haben wir sofort Kommissionäre in die Lieferungskreise gesandt, um mit den dortigen Kommissionären, Landwirten und Behörden Fühlung zu nehmen.** Schriftlich, telephonisch, telegraphisch und **mündlich haben wir die Landratsämter bestürmt, und als**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191028011/fragment/page=0002

an die Provinzialstelle gegangen. Die Zustände waren kaum glaublich. Querfurt lieferte nichts, Delitzsch lieferte nichts, Eckartsberga versprach 25 Prozent, Oschersleben und Neuhaldensleben 50 Prozent. Wir drohten nun, daß wir uns an die Reichskartoffelstelle wenden und zur Selbsthilfe schreiten wollten.

Angesichts unseres energischen Auftretens legte die Provinzialkartoffelstelle den Kreisen Notstandslieferungen nur für Halle auf. 40 000 Zentner sollten wir in voriger Woche bekommen; geliefert wurden ganze 3000 Zentner.

Nunmehr wollen wir uns persönlich bei der Reichskartoffelstelle in Berlin verwenden und erklären, wenn nicht sofort Abhilfe geschehe, würden wir jeden Weg der Selbsthilfe gehen. In allen Teilen Deutschlands herrschen übrigens dieselben Zustände: der völlige Zusammenbruch des bisherigen Systems steht bevor. Wir hatten das vorausgesehen, als wir im vorigen Jahre bemerkten, wie die Lieferungskurve herunterging. Die Achtung vor dem Gesetz ist immer mehr geschwunden, und wir sagten uns mit Recht, daß die Verhältnisse dieses Jahr noch schlechter werden würden. Wir haben darum ein anderes System, das System der Landlieferungen bei der Provinzialkartoffelstelle statt des Zwangssystems beantragt. Wir haben uns viele Mühe gegeben mit der Ausarbeitung, aber die Reichskartoffelstelle und sämtliche Provinzialstellen außer einer einzigen waren der Ansicht, daß das bisherige System sich bewährt habe. Wenn wir auch noch soviel Militär aufs Land schicken könnten, **mit dem bisherigen System läßt sich eine Großstadt nicht ausreichend versorgen. Ein neues System kann nur helfen: Landlieferung oder Zusammenschluß der lieferungspflichtigen Landwirte.** Wir werden bei der Reichskartoffelstelle alles tun, was in unseren Kräften steht, denn das System der Selbsthilfe, zu dem wir wahrscheinlich gezwungen werden, ist auch nicht gut; da geht alles drunter und drüber, und wer weiß, ob da jeder zu seinem Rechte kommt. Von der Vergünstigung durch Landlieferung drei Zentner Kartoffeln zu beziehen, hat leider nur ein kleiner Teil, viel weniger, als wir erwartet hatten, Gebrauch gemacht, so daß der Stadt der allergrößte Teil der Versorgung überlassen bleibt. Frau Binner hat nur zwei kleine Punkte der Versorgung: Milch und Mehl herausgegriffen; ich war erstaunt, daß sie nicht mehr vorbrachte. Da möchte ich mal einen Ueberblick über unsere Ernährungsverhältnisse geben. Die Milchversorgung wird von Monat zu Monat schlechter. Das allgemeine System der Erfassung ist nicht auf der Höhe.

Wundern muß man sich, daß auch die Gemeinden, in denen Unabhängige die Gemeindevertretung haben, völlig versagen, obwohl man doch solchen Gemeindevertretern Verständnis für die Leiden der städtischen Bevölkerung zutrauen sollte.

Die Milchproduktion geht tatsächlich zurück; das Milchvieh wird weniger und aus Holland läßt sich Ersatz nur zu unerschwinglichen Preisen beschaffen. Darum ist auch unsere Fettversorgung miserabel. Hülsenfrüchte, Nudeln, Graupen und Grieß haben wir jetzt wenig verteilt; das war aber stets so in der Uebergangszeit, ehe die neue Ernte uns diese Waren lieferte. Wir drängen auch hier, aber die Waren sind noch nicht fertig. Von Hülsenfrüchten kann man sich Ackerbohnen reichlich verschaffen, die Geschäfte liegen voll davon und die Ackerbohnen schmecken und sind nahrhaft. Feste und lose Suppen gibt's auch genug, aber sie werden nicht abgeholt und so lange das nicht geschieht, kann man von keiner drückenden Not sprechen. Butter ist nicht vorhanden, aber mehr Fett haben wir schon als im vorigen Jahre.

In Erbsen, Hülsenfrüchten, Haferflocken und Reis hat die Stadt große Ankäufe gemacht. Feste Verträge liegen vor. Auch Fett haben wir uns zu sichern gewußt.

So ist die Versorgung im allgemeinen besser als im vorigen Jahre, selbstverständlich bleibt die allgemeine Erscheinung, daß sie nicht befriedigt, aber darauf ist auch nicht eher zu rechnen, ehe nicht ein Umschwung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse erfolgt.

Stadtrat Wurm: Wir kriegen nunmehr ein besseres Brot, allerdings mußte der Brotpreis erhöht werden. Außerhalb der regulären Versorgung gaben wir pro Woche und Kopf ein halbes Pfund amerikanisches Mehl, wir sind jedoch darin abhängig von der Gnade der Amerikaner. Die Stockung in der Zufuhr ist jetzt behoben.

Für die nächsten Wochen werden wir wieder ein halbes Pfund derartiges Mehl geben können, und zwar zu dem billigeren Preise von 33 Pf.

Stv. Bundt (Dn.): Auf eine bessere Milchversorgung im Interesse unserer Kinder muß der größte Nachdruck gelegt werden. Auch Sonntags dürfen wir nicht unbeliefert bleiben, nötigenfalls muß die Stadt mit Automobilen die Milch zusammenholen.

Stv. Albrecht (Unabh.): Wenn Nahrungsmittelkrawalle entstehen, dann kommt natürlich Noske. Wer mißachtet denn die Gesetze? Die, die es schon den ganzen Krieg hindurch getan haben, die Agrarier. Die Arbeiterräte haben im vorigen Jahre dafür gesorgt, daß es Kartoffeln gab; sie kamen mit Soldaten. Aber den Arbeiterräten haben ja die Bürgerlichen das Genick gebrochen, indem sie Noske riefen. Schafft uns Noske Kartoffeln? Vielfach findet man jetzt große Mengen von Steinen in den Kartoffeln, weil das Publikum von den Agrariern geprellt werden soll. Die Agrarier wollen nicht zum Höchstpreise liefern, darum sabotieren sie die Kartoffellieferungen, wie sie die Milchlieferungen sabotieren, denn es ist viel Milch vorhanden, die verschoben wird.

Bürgermeister Seydel: Auch ich habe mit denen, die die Gesetze in dieser Weise mißachten, die Agrarier gemeint. Die Landwirte sagen offen, wir lassen die Kartoffeln liegen bis zum Frühjahr, denn bis dahin ist das System der Zwangswirtschaft doch zusammengebrochen. Der Magistrat legt gewiß nicht die Hände in den Schoß. Er wird alles tun, was er kann.

Stv. Minner (Dem.): Wo nichts ist, hat allerdings auch der Magistrat sein Recht verloren. Aber es sind genug Kartoffeln da. Die Landwirte wollen nur Wucherpreise herausschinden. Was nützen die Landlieferungsscheine, wenn man gleichzeitig den Bescheid bekommt, die Kreise Merseburg, Delitzsch usw. sind für Kartoffellieferungen gesperrt. Den Noske kann Herr Albrecht aus dem Spiel lassen; solche Reden wirken allmählich lächerlich. Wir haben uns allerdings schon so daran gewöhnt, in jeder Sitzung Noske zitiert zu sehen, daß wir uns gar nicht mehr wohlfühlen würden, wenn die Freunde des Herrn Albrecht mal nicht von Noske redeten.

Stv. Gelbaar (Unabh.): Parteipolitik scheidet für mich in dieser Frage aus. Auch der Allgemeine Konsumverein hat noch nicht einen einzigen Wagen Kartoffeln hereinbringen können, wie sehr er sich auch mühte. Wagenmangel, Leutemangel wird von den Landwirten vorgeschützt. Die einen sagen, vielleicht Weihnachten, die anderen, vielleicht im Februar fragt mal wieder an. Das ist zielbewußte Sabotage der Landwirte. Sie wollen das jetzige System zusammenbrechen lassen. Saatkartoffeln, nicht Speisekartoffeln, konnte Leipzig unlängst 30 000 Zentner hereinholen. Warum? Weil es für Saatkartoffeln 12 Mk., für Speisekartoffeln nur 7,50 Mk gibt. Die schwankende Haltung der Regierung trägt große Schuld. Die Zwangswirtschaft wurde durchlöchert. Sie muß aber bleiben in allen Dingen, wo Mangel ist. **Ich gehöre nicht zu den Radikalsten, aber hätten wir das Recht der Arbeiterräte weiter ausgebaut, dann hätten wir Kartoffeln. Wenn die Metallarbeiter streiken, greift Noske ein. Warum marschiert er nicht auch gegen streikende Agrarier? Durch Annahme des Minnerschen Antrags wollen wir dem Magistrat den Rücken stärken.**

Stv. Ziegler (Dn.): Als Mitglied der Provinzialkartoffelstelle muß ich bestätigen, daß der Magistrat alles getan hat, was er konnte. Die Regierung hat schuld, wenn die Landwirte die Achtung vor dem Gesetz verlieren, denn wer mit der Lieferung säumig ist, hat bisher Vorteil gehabt. Verkennen darf man nicht, daß die Landwirte eine außerordentliche Erhöhung der Gestehungskosten haben. Die Ernte beträgt zudem in unserer Gegend nur 40 bis höchstens 45 Zentner pro Morgen.

Stv. Kürbs (Unabh.): Ich teile nicht den Standpunkt meines Parteigenossen Gelbaar: gerade die Kartoffelversorgung müssen wir parteipolitisch betrachten, denn die Agrarier treiben auch Parteipolitik.

Stv. Balte (Dem.): Der größte Fehler ist, daß man die Kartoffeln verteilt, ehe sie gewachsen sind. Es wird zudem lange nicht scharf genug vorgegangen. Die Großstädte müssen zuerst versorgt werden, denn da drohen Unruhen. Die Unabhängigen richten auch nichts aus, das sieht man an den Gemeinden, wo sie die Mehrheit haben. Die Arbeiterräte sind eine einseitige Interessenvertretung, darum lehnen wir sie ab. Wir wollen den gestellten Antrag annehmen und ihn telegraphisch der Reichskartoffelstelle übermitteln.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der 3. Punkt betrifft den Antrag der Unabhängigen, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß **das gesamte Hebammenwesen in der Stadt Halle kommunalisiert wird.**

Frau Stv. Krüger begründet den Antrag, sie meint, die Anstellung der Hebammen durch Reichsgesetz liege noch im weiten Felde. Darum müsse die Stadt Halle einmal bahnbrechend vorgehen, um den Mißstand zu beseitigen, daß Unbemittelte zugunsten der Bemittelten bei der Fürsorge durch die Hebammen zurückgesetzt sind. Die Hebammen müssen auch die Säuglingspflege mit übernehmen. Man müsse die Stadt in Bezirke einteilen und mit Bezirkshebammen besetzen, unter denen die Wöchnerinnen wählen können.

Stv. Bundt (Dn.): Die Besserstellung der Hebammen ist auch mein Wunsch, aber der Antrag Krüger rennt offene Türen ein. Eine Kommission behandelt bereits in Preußen diese Fragen und hat vom Minister Leitsätze für ihre Arbeit bekommen. Die Einteilung in Bezirke, die Anstellung der Hebammen als Beamte mit Gehalt und Pensionsberechtigung, ihre Betätigung in der Säuglingspflege usw., das alles wird demnächst geregelt. Die Hilfeleistung an sämtliche Wöchnerinnen soll unentgeltlich werden; ob Wohlhabende noch etwas hinzuzahlen sollen, unterliegt der weiteren Beratung. Kreis- und Provinzialhebammenstellen will man schaffen und auch Frauen aus dem Volke zur Mitwirkung bei den Beratungen heranziehen.

Die Mehrheit der Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage über Sozialisierung des Hebammenwesens auszuarbeiten.

Errichtung einer städtischen Apotheke.

4. Stv. Osterburg (U. S. P.) begründet einen vom Sozialisierungsausschuß angenommenen Antrag, der dahin geht: „Der Magistrat wolle der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage über die Errichtung einer städtischen Apotheke machen."

Von einer Kommunalisierung des gesamten Apothekenwesens der Stadt Halle hat der Sozialisierungsausschuß abgesehen. Die Begründung jenes Antrages fußt auf den hohen, um während des Krieges weit über 100 Proz. gestiegenen Arzneipreisen und die hieraus sich ergebenden hohen Preise bei Apothekenverkäufen.

Stv. Dr. Bundt (Dn.) bekämpft diesen Antrag. Die Regelung des Apothekenwesens ist staatlicherseits bereits in Angriff genommen. Die Ablösung für sozialisierte Apotheken würde ungeheure Summen kosten. Die Verbilligung der Arzneimittel ist eine heikle Frage. Die Apotheker sind nicht auf Rosen gebettet. Die Arzneipreise sind bis zu 1000 Proz. gestiegen. Der Apotheker muß sich an die ihm vorgeschriebene Taxe halten. In Halle haben wir reichlich Apotheken genug. Wenn die Stadt die Arzneipreise unterbietet, würde eine ganze Anzahl Apotheken nicht daseinsfähig sein. Die Erlangung einer Konzession für eine neue Apotheke würde schwer halten, weil eben Halle genug Apotheken hat, eine bereits bestehende aber anzukaufen, würde sehr viel Geld kosten, zudem würde der Betrieb selbst sehr viel Kapital erfordern. Ich bitte, die Sache solange hinauszuschieben, bis der Staat zu einer Entscheidung kommt.

Stv. Kleeis (S. Fr.) tritt für die Errichtung einer städtischen Apotheke ein. Die Arzneipreise würden herausgesetzt, um die Apotheken gewinnbringender zu machen. Das Beste wäre, die Regierung hätte ein Verbot des Verkaufs von Apotheken herbeigeführt. Die Engelapotheke hier wäre jetzt für 850 000 Mark verkauft worden, die im Vorjahre für etwa 650 000 Mark zu haben gewesen wäre. Schon die pharmazeutischen Fabriken sollten sozialisiert werden, um das Uebel an der Wurzel anzugreifen.

Stv. Manschewski (Dem.) beantragt namens eines Teiles seiner Fraktion eine Abänderung des Antrages des Sozialisierungsausschusses dergestalt, daß der Magistrat ersucht wird, eine Berechnung darüber anzustellen, ob die Errichtung einer städtischen Apotheke zweckmäßig ist. Bei der Errichtung einer städtischen Apotheke können dreierlei Gesichtspunkte in Frage kommen: Erstens: Genügt die Versorgung mit Heil- und Arzneimitteln nicht? Da ist aber festgestellt worden, daß sie in Halle gut ist. Der zweite Gesichtspunkt ist der: Können die Heilmittel dadurch verbilligt werden? Es würde ja allerdings den Apotheken eine Konkurrenz schaffen. Daß der Stadt aber, und das ist der dritte Gesichtspunkt, ein finanzieller Vorteil daraus kommen werde, ist zu bezweifeln. Wenn den Apotheken vorgehalten wird, sie verdienten zu viel, so ist darauf hinzuweisen, daß sie mit außerordentlicher Genauigkeit und Sicherheit kleinste Mengen wägen und messen müssen.

Stv. Koenen (U. S. P.) führt die teuren Verkaufspreise für Apotheken auf die Spekulation auf Kranke und Sieche zurück.

Stv. Dr. Bundt weist Angriffe des Vorredners auf die Handhabung der Arzneitaxe durch die Apotheken als ungerechtfertigt zurück.

Der Antrag des Sozialisierungsausschusses wird angenommen.

Punkt 5, 6 und 7 werden vertagt.

Rückgängigmachung der Verpachtung des Rittergutes Beesen.

8. Namens der U. S. P. begründet Stv. Osterburg folgenden Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, die Verpachtung des Rittergutes Beesen an den Landwirt Arnicke aus Cröllwitz rückgängig zu machen."

Was hat den Magistrat bewegen, so zu handeln, wie er getan hat, ohne darum die Stadtverordneten zu befragen, nur unter Hinzuziehung der beiden Herren Geheimrat Dr. Finger und Dr. Steinbrück. Und zwar ist die Verpachtung erfolgt ohne Ausschreibung. Wenn auch damals die Stadtverordnetenversammlung nicht beisammen war, so konnte die Verpachtung bis zu diesem Zeitpunkte aufgeschoben werden.

Stadtrat Grote: Der beste Acker ist durch den Kohlenbergbau dezimiert worden. Der Magistrat stellte sich auf den Standpunkt, daß der sonst auf 18 Jahre verpachtete Acker nur auf 5—6 Jahre verpachtet werden solle, damit hier das Aufhören des Pachtverhältnisses mit dem der übrigen Güter zusammenfällt. Ferner handelt es sich um die Errichtung von 8 Arbeiterhäusern, die Herr Arnicke zu bauen sich bereit erklärt hat, trotz der nur kurzen Pachtzeit. Der Magistrat glaubte damit recht gehandelt zu haben.

Stv. Koenen (U. S. P.): Es wäre jetzt die beste Zeit gewesen, einen Versuch mit der Uebernahme der Bewirtschaftung in die städtische Verwaltung zu machen. Wenn der Pächter sich bereit erklärt hat, 18 000 Mark Pacht zu leisten, so ist daraus zu folgern, daß er trotzdem ein gutes Geschäft zu machen hoffte. Man hätte vielleicht einer Genossenschaft das Gut verpachten können. Wäre Genosse Killan nicht eingesperrt gewesen, dann wäre ein solcher Magistratsbeschluß verhindert worden.

Der Vorsteher Hennig (U. S. P.) erklärt zwei Aeußerungen des Stv. Koenen, daß der Beschluß des Magistrats ein Skandal und eine Düpierung der Bevölkerung sei, für parlamentarisch unzulässig.

Stv. Minner (Dem.): Auch ich kann der Verpachtung nicht zustimmen. Jedenfalls ist dem Magistrat ein für allemal anheimzustellen, daß er solche schwerwiegenden Beschlüsse nicht faßt, ohne die Stadtverordneten gehört zu haben. Ich bitte, den Antrag Osterburg anzunehmen, um dem Magistrat zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind, uns entmündigen zu lassen.

Stv. Osterburg: Jetzt steht auch die Verpachtung der Ziegelei Planena bevor und es muß dafür gesorgt werden, daß solche Verpachtungen, wie sie mit Beesen erfolgt ist, nicht wieder vorkommt. Der Magistrat muß nach Mitteln und Wegen suchen, wie er den neuen Pachtvertrag rückgängig machen kann.

Stv. Dr. Steinbrück (Dn.): Auch ich bin gegen die Verpachtung von Beesen gewesen und bin es heute noch. Den technischen Auslassungen des Herrn Osterburg kann ich aber nicht zustimmen. Ueber die Verpachtung der Ziegelei Planena wird der Stadtv.-Versammlung eine Vorlage zugehen.

Stv. Müller (S. Fr.): Ich habe für meine Fraktion zu erklären, daß wir für den Osterburgschen Antrag sind.

Bürgermeister Seydel: Ich möchte nicht, daß Sie mit dem Eindruck nach Hause gehen, der Magistrat habe geflissentlich die Zeit, die zwischen der ersten und zweiten Stadtverordnetenversammlung lag, benutzt, um über Ihren Kopf hinaus die Verpachtung von Beesen vorzunehmen. Allein der Fachdezernent drängte, weil die Zeit schon weit vorgeschritten war. Wenn die erforderlichen Maßnahmen nicht getroffen worden wären, so hätte ihn die Verantwortung getroffen für die etwaigen nachteiligen Folgen.

Der Osterburgsche Antrag wird hierauf mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Punkt 9 wird vertagt.

Mittelbewilligung zur Unterstützung ehemaliger Kriegsgefangenen. — Unterrichtskurse für Verlobte.

10. Bewilligt wird zur Erhöhung der an besonders bedürftige heimgekehrte Kriegsgefangene aus Reichsmitteln zu zahlenden wirtschaftlichen Beihilfen, ein Betrag bis zu 15 000 Mark aus Kap. XXIV, 14. Nach den Bestimmungen der Reichszentrale über Gewährung von wirtschaftlichen Beihilfen an ehemalige Kriegsgefangene erhalten diese auf Antrag aus Reichsmitteln Beihilfen von 100 bis 300 Mark, wenn sie sich in wirtschaftlicher Notlage befinden. Im Falle besonderer Bedürftigkeit kann die Beihilfe bis auf 600 Mark erhöht werden, wenn wenigstens die Hälfte des 300 Mark übersteigenden Betrags aus Gemeinde- oder sonstigen Mitteln gedeckt wird. Ueber die Bewilligung entscheidet der bereits eingesetzte Hilfsausschuß, auf Beschwerde der Landeshilfsausschuß. Bis jetzt liegen 72 Anträge vor, wovon in 23 Fällen Beihilfen bis zu 600 Mark erbeten werden. Die Zahl der besonders Bedürftigen läßt sich nicht schätzen; die bereitzustellenden Mittel erscheinen vorläufig ausreichend. — Berichterstatter Stv. Ritter (Dem.).

Hierzu liegt noch ein von sämtlichen Frauen der Versammlung gestellter und von der Stv. Frau Krüger (U. S. P.) begründeter, auch einstimmig angenommener Antrag vor, nach dem Unterrichtskurse für Verlobte, die Stv. Bretschneider (Dem.) auf sämtliche Mädchen ausgedehnt wissen will, im Haushaltswesen und Säuglingspflege auf Kosten der Stadt in den Abendstunden abgehalten werden sollen. — Stv. Wilke (S. Fr.) wünscht, daß die Bethke-Lehmann-Stiftung dieser Angelegenheit näher tritt.

Bewilligung von Baugeldzuschüssen.

11. Zur Behebung der Wohnungsnot hat der Bauverein für Kleinwohnungen während des Krieges den Bau einer Häusergruppe am Johannisplatz, gegenüber der Volksschule in der Liebenauer Straße, in Angriff genommen. Das Bauvorhaben ist inzwischen soweit gediehen, daß am 25. September 1919 die Rohbauabnahme stattfinden konnte. Die Kosten dieser Bauten, wodurch 54 Kleinwohnungen geschaffen werden, stellen sich auf 1 070 400 Mark, während die normalen Kosten nur 271 700 Mk. betragen würden, so daß eine Ueberteuerung von 798 700 Mk. eintritt. Von dieser Ueberteuerung haben übernommen: das Reich die Hälfte, gleich 399 350 Mk., der Staat ein Viertel mit 199 675 Mk., so daß nach den Grundsätzen über die Verteilung der Ueberteuerungszuschüsse auf Reich, Staat und Stadt zu tragen bleiben von der Stadt ein Viertel mit ebenfalls 199 675 Mk. Die Versammlung beschließt, nach dem durch Stv. Frl. Dr. Lange begründeten Antrage des M.-W.-A., dem Bauverein für Kleinwohnungen den städtischen Zuschuß von 199 675 Mk. aus dem Fonds zur Errichtung von Kleinwohnungen zu bewilligen und die sofortige Auszahlung dieses Zuschusses zu genehmigen.

12. Dem Kaufmann Franz Hoffmann hier wird zur Errichtung von 3 Kleinwohnungen in seinem Grundstück Schwetschkestraße 36 ein Baukostenzuschuß von 27 800 Mk. unter den üblichen Bedingungen bewilligt. — Berichterstatter Stv. Geris (S. Fr.).

13. Ebenso wird dem Maurermeister Günther hier, der Karlstraße 28 drei Kleinwohnungen ausbaut, ein Baukostenzuschuß von 15 000 Mk. bewilligt. — Berichterstatter Stv. Weber (U. S. P.).

Die übrigen Punkte werden vertagt.

Professor Rudolf Joerges, Dr. jur., Dr. philos., Privatdozent für Rechtsphilosophie, Römisches und Bürgerliches Recht an der Universität Halle, ist zum außerordentlichen Professor an derselben Universität ernannt worden. — Professor Dr. Joerges ist zu Altenkirchen im Regierungsbezirk Koblenz geboren, promovierte in Bonn zum Dr. philos. mit der Arbeit „Die Lehre von den Empfindungen bei Descartes". Er bestand die Oberlehrerprüfung, studierte dann Rechtswissenschaften, bestand die Referendarprüfung und erwarb 1909 in Halle den juristischen Doktorgrad. Ostern 1912 habilitierte sich Dr. Joerges in Halle auf Grund der Schrift „Die eheliche Lebensgemeinschaft in ihrem Begriffe, in ihren Gestaltungen und ihren vermögensrechtlichen Beziehungen". Von seinen Schriften sind noch zu nennen: „Psychologische Erörterung zur Begründung eines wissenschaftlichen Unterrichtsverfahrens", „Spendungsgeschäft und Sammelvermögen", „Die eheliche Lebensgemeinschaft", „Rechtsunterricht und Rechtsstudium, Psychologisches, Logisches, Pädagogisches zur Reform". Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift für Rechtsphilosophie, Lehre und Praxis (Rud. Stammler, Felix Holdag).

Vermischtes.

Eisenbahnunfall.

WTB. Berlin, 27. Oktober. Die „B. Z. a. M." meldet, Auf der Teltower Kreisbahn fuhren beim Schützenhause Teltow zwei Wagen aufeinander. Dabei wurde ein Führer getötet, zwei Fahrgäste schwer verletzt. Der Betrieb ist vorläufig gesperrt.

Provinzial-Nachrichten.

✱ Querfurt, 27. Oktober. (Landrat von Helldorff) legt in den nächsten Tagen auf seinen Wunsch sein Amt nieder, um sich in Braunsroda, seinem heimatlichen Besitz, niederzulassen. Fast 16 Jahre hat er an der Spitze unseres Kreises gestanden. Es ist angeregt worden, ihm eine Geldsumme zur Verfügung zu stellen, welche die Gestalt einer Stiftung zum Besten des Kreises erhalten soll.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191028011/fragment/page=0003

Güntherits, 26. Okt. (Ein Zehntel des großen Loses) gewann eine hiesige Arbeiterfamilie.

)(Sonneberg, 27. Oktober. (Im Warenhaus Speyer) wurde ein schwerer Einbruchsdiebstahl verübt. Bei dem den Dieben Waren von über 50 000 Mark in die Hände fielen. Ein Schutzmann nahm die Verfolgung dreier verdächtiger Personen auf, wobei diese einen Ballen mit Seidenwaren im Wert von über 20 000 Mark liegen ließen.

)(Pößneck, 26. Okt. (Aus England) erhielt die Pößnecker Firma C. G. Vogel folgenden bezeichnenden Brief: „Ich erhielt heute Ihr Briefmarkenblatt. Bitte verstehen Sie mich: Ich, als Engländer, werde niemals etwas lesen, das in Ihrem Lande gedruckt wurde, und noch viel weniger einen Pfennig meines Einkommens senden, um Ihre Taschen zu füllen. Vor zwei Jahren nahm ich als Infanterie-Offizier teil an einem englischen Angriff auf Gheluvelt in Flandern und litt namenlose Qualen und Schmerzen über das Elend wegen Ihnen. Ich sah mit eigenen Augen die wilde Grausamkeit Ihrer Soldaten gegenüber belgischen Zivilisten und englischen Verwundeten. Ich habe fast alle meine Freunde verloren — wegen Ihnen. Wann werden Sie endlich begreifen, daß Sie ein Auswurf, ein verkommenes Volk sind, das zu den tiefsten Tiefen gesunken ist und seinem Ende zugeht? Und da senden Sie mir noch ihren ..... Quark! Zur Hölle mit den Boches!"

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Fußballsport.

S. V. C. von 1916. In der am 22. Oktober stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung wurde der Vorstand vollständigt und setzt sich aus folgenden Herren zusammen: 1. Vorsitzender Artur Bock, Steg 11; 2. Vorsitzender Otto Beyer, Lerchenfeldstr. 16; 1. Schriftführer Paul Spröte, Jacobstr. 23; 2. Schriftführer Rudi Börtner, Kl. Ulrichstr. 8; Kassierer Fritz Keubner, Leopoldstr. 6; Vorsitzender des Spielausschusses: Artur Stoye, Wittestr. 20 pt.; 1. Spielführer Kurt Franke, Strelherstraße 34; 2. Spielführer Paul Hofmann, Gabelsbergerstr. 23; 3. Spielführer Walter Starke, Wörmlitzer Str. 107a; 4. Spielführer Fritz Müller, Torstr. 50.

Verschiedenes.

Die großen Feldberg-Skirennen sollen am 7. und 8. Februar 1920 vor sich gehen. Weitere Wettläufe will der Ski-Club Schwarzwald am 25. Januar in Triberg und ferner am 21. und 22. Februar im nördlichen Schwarzwald veranstalten.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Der Zusammenbruch der Kartoffelzwangswirtschaft.

Unter dieser Ueberschrift schreibt uns der Deutsche Kartoffelgroßhändler-Verband Berlin-Düsseldorf: „Trotz der verhältnismäßig guten Kartoffelernte ist es nicht gelungen, der großstädtischen Bevölkerung den Winterkartoffelvorrat rechtzeitig zuzuführen. Seitens der Reichskartoffelstelle wird versucht, die schwierigen Transportverhältnisse hierfür verantwortlich zu machen. Dem widerspricht aber die Tatsache, daß andere Waren, wie z. B. Gemüse, in genügenden Mengen geliefert werden. Die Ursachen müssen also anderswo gesucht werden. Da der Gemüsehandel freigegeben ist, so dürfte der mangelnde Kartoffelzufuhr in der Zwangsbewirtschaftung der Kartoffeln liegen.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß vor Erlaß der Bestimmungen über die Winterkartoffelversorgung das Reichsernährungsministerium die beteiligten Kreise zu einer Besprechung dieser Angelegenheit zusammenberufen hat. Trotzdem die Sachlage einstimmig die Undurchführbarkeit einer weiteren Zwangswirtschaft für Kartoffeln nachwiesen, hat das Reichsernährungsministerium an der bisherigen Bewirtschaftungsweise festgehalten, weil es annahm, daß die Preise außerordentlich anziehen würden und bei freiem Kartoffelverkehr keine genügende Sicherheit für die Versorgung vorhanden wäre.

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß nach Ansicht der am Kartoffelverkehr beteiligten Fachkreise der Großhandelspreis im freien Verkehr bei rechtzeitiger Freigabe etwa zehn Mark betragen hätte. Was die Sicherheit der Versorgung anbetrifft, so hat die Entwicklung deutlich gezeigt, daß gerade die Beibehaltung der Zwangswirtschaft die denkbar größte Unsicherheit in der Kartoffelversorgung hervorgerufen hat. Da der Frost vor der Türe steht, so kann es nicht wunder nehmen, wenn sich die jetzige Lage zu einer Katastrophe auszuwachsen droht.

Es ist daher an der Zeit, die Frage der Freigabe des Kartoffelverkehrs erneut in Erwägung zu ziehen. Aus diesem Grunde hat der Deutsche Kartoffelgroßhändlerverband an das Reichswirtschaftsministerium eine dringende Eingabe gerichtet, in der er die sofortige Einberufung der maßgebenden Fachorganisationen zu einer neuen Besprechung wegen der zukünftigen Kartoffelversorgung fordert."

Messen in Deutschland im Jahre 1920.

Berlin, 24. Oktober.

Die Ständige Ausstellungskommission für die deutsche Industrie veröffentlicht eine Uebersicht über die für das Jahr 1920 vorgesehenen in- und ausländischen Messen, soweit sie bisher bekannt geworden sind. Danach sollen außer den beiden Leipziger Messen, nämlich der Frühjahrsmesse und der Herbstmesse, die beide in die Allgemeine Mustermesse und die Technische Messe zerfallen, noch in folgenden Städten Messen stattfinden:

Berlin (Neue Welt, Hasenheide)	Frühjahrsmesse 14.—16. 4.
„	Herbstmesse noch unbestimmt.
(für Hotel-, Restaurations- und Küchenbedarf):	
Breslau	Frühjahrsmesse 25. April bis 1. Mai.
Danzig	Frühjahrsmesse Februar.
„	Herbstmesse noch unbestimmt.
Elberfeld	Textilmesse 6.—9. Januar.
Frankfurt	Frühjahrsmesse unbest mmt.
„	Herbstmesse unbestimmt.
Hamburg	Baumesse Frühjahr.
Köln	Rheinische Musterschau Februar.
„	Herbst.
Königsberg	Ostdeutsche Textilmustermesse Frühjahr.
Stuttgart	Grösstten-Edelmesse voraussichtlich im Januar.
„	Frühjahrs-Edelmesse (Sugosi) noch unbestimmt.

Dazu bemerkt die Ständige Ausstellungskommission für die deutsche Industrie: „Vorstehende Uebersicht zeigt, daß die Zersplitterung des deutschen Messewesens im nächsten Jahr eine Entwicklung zu nehmen droht, die, mag man sich gegenüber der einzelnen Veranstaltung stellen, wie man will, gerade unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu einer unerträglichen Belastung der Industrie auswachsen muß. Werden doch, da auch Breslau voraussichtlich seine Messe zweimal durchführen will, unter Einrechnung von Danzig nicht weniger als 10 deutsche Allgemeinmessen geplant, die sich alle an weite Teile der gesamtdeutschen Industrie wenden. Zünzst ist auch in Magdeburg der Gedanke einer dortigen Messe erörtert worden. Die Ständige Ausstellungskommission für die deutsche Industrie hat sich zunächst mit dem Deutschen Städtetag in Verbindung gesetzt, um diesen zu einer mäßigenden Einwirkung auf die Stadtverwaltungen zu veranlassen. Die Kommission hat ferner versucht, zwischen den Messeleitungen in Frankfurt a. M. und Köln eine Verständigung herbeizuführen derart, daß jede dieser beiden Städte in jedem Jahr wenigstens nur einmal eine Messe durchführen möge. Es ist dringend zu wünschen, daß diese Anregung, an der die Kommission durch heftige Klagen aus der Industrie, auch Westdeutschlands, veranlaßt worden ist, bei den maßgebenden Stellen der beiden Städte Gehör finde."

Die Gersteverteilung an die Brauereien.

In der Tagung des Ausschusses der wirtschaftlichen Brauereiverbände wurde mitgeteilt, es sei anzunehmen, daß die Kontingente einheitlich für das ganze Reich, also auch für Bayern, auf 15 Prozent festgesetzt werden. Jedoch sei es fraglich, ob 15 Prozent überhaupt erreicht werden. Unter Umständen würden vielleicht nur 0 prozent zugeteilt werden. Von der diesjährigen Gerstenernte von 2 Mill. To. entfallen nicht weniger als 380 000 To. an die Brauweindustrie, und für die Braunindustrie seien nur 125 000 To. vorgesehen. Es sollen zunächst 60 000 To. überwiesen werden, wovon 13 000 To. bereits der Gerstenverteilungsstelle zugeführt sind. Der von der Reichsgetreidestelle den Brauereien berechnete Preis für Gerste wird sich auf etwa 750 Mk. pro Tonne stellen (i. V. 500 Mk.).

Ueber die Festsetzung eines höheren Mälzungslohnes schweben Verhandlungen mit den Mälzereien. Die württembergischen und badischen Vertreter wollten über den bisherigen Satz von 16 Mk. nicht hinausgehen. Seitens Bayerns hält man an dem Satz von 10—12 Mark für den Doppelzentner fest.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 27. Oktober. Die weitere Verschlechterung der Markvaluta veranlaßte Käufe in sogenannten Valutawerten; aber auch ausländische Käufe wurden auf dieselbe Ursache zurückgeführt, und man brachte damit eine 2prozentige Steigerung der Phöniraktien in Zusammenhang. Auch sonst machte sich Aufwärtsbewegung in den verbreiteten Werten geltend. Bemerkenswerte Besserungen erzielten von oberschlesischen Hüttenaktien Bismarckhütte und Oberschlesische Kokswerke. Schiffahrtsaktien zogen etwas an. Von Spezialwerten setzten Anglo-Guano ihre Aufwärtsbewegung kräftig fort, wenn auch der anfängliche Gewinn von 32 Prozent nicht voll behauptet wurde. Vielfach hörte man die Ansicht aussprechen, daß die geplanten Maßnahmen gegen die Steuerflucht bei den Kapitalisten die Vorliebe für Dividendenpapiere im Gegensatz zu den festverzinslichen Werten wecken dürften. Am Kolonialmarkte erfuhren die marktgängigsten Papiere weitere Erhöhungen, allerdings in verhältnismäßig bescheidenem Maße. Am Anlagemarkt herrschte ruhige Haltung ohne wesentliche Aenderungen. Oesterreichische und ungarische Werte waren vorwiegend gebessert.

Devisenkurse.

Berlin, 27. Oktober.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		heute Geld	heute Brief	Vorheriger Tag Geld	Vorheriger Tag Brief
New York	1 Doll.	—,—	—,—	—,—	—,—
Holland	100 fl.	1139,00	1141,00	1089,00	1091,00
Dänemark	100 Kr.	634,25	635,75	614,25	615,75
Schweden	100 Kr.	711,75	713,25	684,25	685,75
Norwegen	100 Kr.	674,25	675,75	654,25	655,75
Schweiz	100 Fr.	529,50	530,50	412,50	513,00
Wien, alles		27,45	27,55	27,45	27,55
Deutsch.-Oesterreich, abgest.		26,45	26,55	26,45	26,55
Ungarn		2,45	27,55	26,95	27,05
Prag		12,40	12,60	—,—	—,—

Konstantinopel Geld —,— Brief —,— für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 549,50 Brief 550,50 für 100 Peseten

Helsingfors 122,75 123,25 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 27. Oktober. Am Produktenmarkt war von Umsätzen in Hafer nur wenig zu hören. In der Provinz sollen außerordentlich hohe Preise seitens der Gänsemäster gezahlt werden. In sonstigen Artikeln war das Geschäft unregelmäßig. Der starke Begehr für Hülsenfrüchte hält an. Für Lupinen schweben Verhandlungen über einen großen Posten, der vom Magistrat der Stadt Berlin zum Verkauf gestellt ist. Serradella hatte bei fester Tendenz ruhigen Verkehr. Heu und Stroh sind sehr knapp. Runkelrüben stellten sich in den Preisforderungen zu hoch. Möhren wurden aus Schlesien vielfach zu hohen Preisen nach den industriellen Gebieten geliefert.

Berlin, 27. Oktober. Amtliche Notizen. Inländ. Hafer für 1000 Kg. in Mark: unnotiert. Tendenz: ohne Angebot.

Ermäßigung des Schlußnotenstempels für Nichtbanken. Wie die „L. N. N." hören, besteht die Absicht, den Schlußnotenstempel für Nichtbankiers, der während des Krieges auf 3 pro Mille erhöht wurde, jetzt auf 2 pro Mille herabzusetzen. Die kaiserl. Regierung hatte bei der Erhöhung angekündigt, daß der Stempel nach Beendigung des Krieges wieder ermäßigt werden würde. Man will nun offenbar nicht die Ratifikation des Friedens abwarten, sondern den Schlußnotenstempel schon vorher auf 2 pro Mille herabsetzen.

Preiserhöhung von Ammoniak. Der Preis für 25proz. schwefelsaures Ammoniak ist von 80,50 auf 115 Mark für den Doppelzentner erhöht worden und zwar mit Wirkung ab 1. Oktober d. J.

Schweimer Eisenwerk Müller u. Co. A.-G. in Schweim. Der Aufsichtsrat beantragt für das Geschäftsjahr 1918/19 eine Dividende von 14 Proz. (16 Proz. i. V.).

Telephonfabrik A.-G. vormals J. Berliner, Hannover. Die Gesellschaft hat ihre Ölmützer Fabrik an eine von der Prager Kreditbank gegründete Telephon- und Telegraphen-Aktiengesellschaft verkauft.

Carlshütte Akt.-Ges. für Eisengießerei und Maschinenbau in Altwasser. Der Aufsichtsrat schlägt 8 Prozent Dividende gegen 10 Prozent im Vorjahre vor.

Der Verein Deutscher Baubeschlag-Fabriken hat die Verkaufspreise für Tischbänder um 185—200 Proz. und für Einlaßecken um 270—281 Proz. mit sofortiger Gültigkeit erhöht.

Aus der Klein-Eisenindustrie. Infolge der Erhöhung der Stahlpreise ist von der Vereinigung der Hacken fabrikanten eine neue Erhöhung der Grundpreise um 240 Mk. pro Doppelzentner vorgenommen worden. Auch die Schaufel- und Spatenfabrikanten, sowie die Vereinigung der Hammerfabriken will einen Aufschlag in gleicher Höhe vornehmen.

Verstaatlichung des Bleiwerkes. Wie drahtlich gemeldet wird, ist das im Kreis Hoyerswerda gelegene Lautawerk in den Reichsbesitz übergegangen. Das Werk wurde in den Jahren 1915 bis 1918 unter Beteiligung des Reichs, der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron, der Metallwerke und der Metallurgischen Gesellschaft in Frankfurt a. M. errichtet und sollte der Aluminiumerzeugung in großem Maßstabe dienen. Das Werk soll jetzt als Ueberlandzentrale eingerichtet werden.

Erhöhung der Preise für Tempergutz. Der Verein deutscher Temper-Gießereien hat beschlossen, den Tempergußpreis um 65 Mk. für 100 Kilogramm zu erhöhen. Es ist dabei ein Temper-Roheisenpreis von 747 Mark die Tonne zugrundegelegt. Sollte bei Ablieferung des Tempergusses ein höherer Roheisenpreis nötig sein, so werden die hierbei entstandenen Mehrkosten in Anrechnung gebracht. Für jede volle 10 Mk. Preiserhöhung für 1 Tonne Roheisen (Kupferhütte) erhöht sich der Tempergußpreis bis auf weiteres um 4 Mk. für 100 Kilogramm. Die Preiserhöhung rechnet vom Tage der Roheisenpreiserhöhung ab. Die etwa noch eintretenden Reichs-, Staats- und sonstigen Abgaben gehen außerdem zu Lasten des Käufers.

Consolidiertes Braunkohlenbergwerk bei Azendorf. In der Generalversammlung waren 2296 Stimmen vertreten. Die Dividende wurde auf 7 Proz. festgesetzt. Das ausscheidende Aufsichtsratsmitglied, Obergutsmann Lüde Unseburg, wurde einstimmig wiedergewählt. Ueber den bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres teilte der Vorsitzende mit, daß er nicht ungünstig gewesen sei. Die Arbeiterfrage des einzelnen Mannes sei eine Kraftfrage geworden. Ob das so bleibe und die Besserung weiter steigt, bleibt ungewiß und läßt sich nur erhoffen.

Die Schwierigkeiten der Kaliausfuhr. Während noch vor einigen Monaten die Amerikaner sich gegen einen Kalilieferungsvertrag mit Deutschland in Erwartung französischer Lieferungen ablehnend verhielten, drängen sie heute darauf, einen Vertrag mit dem Kalisyndikat abzuschließen. Durch den Kohlen- und Eisenbahnmangel ist es aber dem Deutschen Kalisyndikat nicht möglich, Kali auch nur in geringen Mengen zur Ausfuhr zu bringen, da auch der deutsche Inlandsbedarf nur zum geringen Teil befriedigt werden kann. Nicht einmal der vor einiger Zeit mit England abgeschlossene Lieferungsvertrag auf 25 000 To. Kali konnte laut „B. T." bis jetzt ausgeführt werden. Es werden selbst bis zu den Hafenstädten keine Eisenbahnwagen gestellt. Eine Besserung dieser Lage ist vorerst nicht zu erwarten.

Rositzer Braunkohlenwerke, A.-G. Das abgelaufene Geschäftsjahr hat ein befriedigendes Ergebnis gezeitigt, so daß wahrscheinlich nach fünf erträgnislosen Jahren eine kleine Dividende verteilt werden kann. Die Mehrheit der Aktien der Gesellschaft befindet sich bekanntlich im Besitz der Deutschen Erdöl-A.-G., die dem Vernehmen nach jetzt die vollständige Angliederung der Rositzer Braunkohlenwerke plant.

Verstadtlichung der Großen Leipziger Straßenbahn. Die Verhandlungen wegen Verstadtlichung des Leipziger Straßenbahnbetriebes sind zum Abschluß gelangt. Danach geht die Straßenbahn ab 1. Januar 1919 auf die Stadtgemeinde Leipzig über, die eine 4½prozentige Anleihe im Betrage von 25 Millionen Mark aufnimmt. Gleichzeitig soll eine weitere Erhöhung des Straßenbahntarifs behufs Deckung der am 1. Oktober eingetretenen neuen Lohnerhöhung erfolgen, die einen Aufwand von 4 Millionen Mk. jährlich erfordert.

Berliner Börse

vom 27. Oktober 1919.

(Telegramm.)

Deutsche Werte:		Chem. Griesheim	270,00
4½ Disch. Schatzsch VI—IX	78,25	Chem. Heyden	219,00
5½ Disch. Reichsanl.	79,50	Consolidation Schalk	339,00
4% „ „	72,00	Gröllwitzer Papierfbk	217,00
3½% „ „	67,20	Daimler Motoren	266,00
3% „ „	65,80	Deutsche Luxemburg	164,75
4% Preuß. Konsols.	72,70	Deutsche Erdöl	500,00
3½% „ „	63,60	Deutsche Gasglühl.	—
3% „ „	60,00	Deutsche Kali	227,00
4% Charl. Stadtanl. 89/99	96,70	Deutsche Waffen u. Mun.	252,00
4% Magdb. Stadtanl. 91/00	93,75	Donnersmarkhütte	272,00
4% Sächs. Neulandsch Pfdbr.	—	Döring & Lenrmann	128,00
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbr.	100,30	Dürkoppwerke	349,00
4% Preuß. Hyp Bk. Pfdbr. 1911	99,50	Elberfelder Faber.	88,00
4½% Dess. Gas Oblig	—	Felten & Guilleaume	227,50
4½ Dessauer Gas Obl	—	Gasmotoren Deutz	170,75
Ausländ. Werte:		Gebhard & Co	—
4% Oesterr. Kronenrente	32,25	Gebhard & Königl	153,50
4% Ungar. Goldrente	59,75	Gelsenkirchen Berg.	168,00
4% Ungar. Kronenrente	32,00	Giesziger-Zuckerfbk.	211,00
Eisenbahn-Aktien:		Hallesche Maschfbk.	276,00
Halberst.-Blankenb.	88,50	Hann. Masch.	—
Heilmann-Heilstedter	67,00	Harpener Berg	378,00
Schantungbahn	197,50	Hasper Eisen	219,50
Allg. Lokal-Str.	148,00	Hirsch Kupfer.	168,00
Gr. Berl. Str.	123,25	Höchster Farbw.	269,50
Magdeburger Str.-B.	—	Hoesch Eisen u. Stahl	370,00
Prinz-Heinrich-B.	—	Hohenlohe-Werke	243,00
Driesbahn	386,00	Humboldt Masch.	142,50
Schiffahrts-Aktien:		Hse Bergbau	159,50
Hambg. Paketfahrt	293,50	Kahla Porzellan	88,00
Hambg. Südamerika	124,00	Kaliw. Aschersleben	224,00
Hansa-Dampfschiff.	226,00	Körbisd. Zucker-Akt.	—
Nordd. Lloyd.	299,54	Kyffhäuserhütte	166,50
	180,00	Lahmeyer & Co.	149,00
Bank-Aktien:		Leuchtkammer	175,50
Bank f. Thür.	—	Laurahütte	187,00
Berl. Handelsges.	162,80	Linke & Hofmann	384,50
Commerz-Diskontobank	137,00	Ludwig Loewe & Co.	288,00
Darmstädter Bank	129,00	Lothringer Hütte	173,00
Dessauische Landesbank	—	Mannesmannröhren	247,50
Deutsche Bank	—	Masch.-Fabr. Buckau	176,00
Diskonto-Comm.	177,25	Oberschl. Eisenb.-Bd.	160,00
Dresdner Bank	121,87	do. Carolinenhütte	176,75
Leipzig Credit-Anst.	143,50	do. Kokswerke	364,00
Mitteld. Kreditbank	124,00	Orenstein & Koppel	219,00
Mitteld. Privatbank	127,25	Phönix Berg	248,00
Nationalbank	124,00	Rhein. Metall-Vorz.	224,00
Oesterr. Kredit	101,50	Rhein. Stahlwerken	173,00
Reichsbank	152,00	Riebeck. Montan	247,75
		Rombacher Hütten	175,00
		Rositzer Braunk.	160,00
		Rositzer Zucker	—
		Sangerhäuser Masch.	296,00
		Hugo Schneider A.-G.	225,00
		Schuckert & Co.	155,00
		Siemens & Halske	329,75
		Stettiner Cham.	—
		Stettiner Vulkan	212,00
		Stollberger Zink	190,00
		Strals. Spielkarten	280,00
		Thale-Eisenhütte	285,00
		Triptis Porzellan	215,00
		Türk. Tabakregie	775,00
		Ver. Köln-Rottweiler	289,75
		Ver Glanzstoff	619,00
		Wegelin & Hübner	179,00
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
		Westeregeln Alkali	832,00
		Wittener Gußstahl	260,00
		Wrede Malzerei	126,00
		Zechau-Kriebitzsch Braunk.	—
		Zeitzer Masch.	444,00
		Zellstoff Waldhof	227,75
		Otavi-Minen.	362,00

Tendenz: fest.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinz-Nachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Miechner, Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191028011/fragment/page=0004